Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 267. | Dresden, Freitag den 17. November 1911. | 22. Jahrg.

China.

3.

Die politischen Zustände und die Revolution.

Chinas Geschichte ist reich an Umwälzungen und Aufständen. In den meisten Fällen handelte es sich aber nur um „Palastrevolutionen", da sich die bäuerliche Bevölkerung um Politik nicht kümmerte. Die Eroberung Chinas durch die Mandschus, die Mitte des 17. Jahrhunderts geschah, bedeutete einen Kampf zwischen einem Nomaden- und einem ackerbautreibenden Volke, wie wir ihn ähnlich in der älteren Zeit in Europa sehr häufig fanden. Das militärisch vollständig wehrlose chinesische Volk konnte dem Andrange der nomadisierenden Mandschus nicht standhalten und wurde unterjocht. Die Mandschus blieben seitdem die kriegerische und herrschende Kaste, die sich an keine produktive Arbeit gewöhnt hat, ein ausschließlich parasitisches Leben führt, auf Kosten des Staates und der bäuerlichen Bevölkerung unterhalten wird.

Der Gegensatz zwischen den Chinesen und den Mandschus hat im Laufe der Zeit an Schärfe verloren. Die Mandschus sind in der Masse der chinesischen Bevölkerung aufgegangen, haben deren Religion und Sprache angenommen; immer aber haben sie die politisch privilegierte Stellung im Staate beibehalten. So besetzen die Mandschus die wichtigsten Ämter, unterstanden bis vor kurzem besonderen Gerichten, sind von der Körperstrafe befreit usw. Der Druck der despotischen Regierung und noch mehr der despotischen, habsüchtigen Provinzialbeamten, die die Bevölkerung aussaugen und unbeschreiblich grausam mißhandeln, mußte naturgemäß um so empfindlicher sein, weil ihn Fremde, Eroberer, ausüben und einen Gegendruck, einen Kampf gegen die Mandschus, hervorrufen. Trotz aller Grausamkeit, mit der jeder Widerstand unterdrückt wurde, flammte die Empörung immer wieder auf, die tief im Herzen des Volkes gegen diese Fremdenherrschaft glühte.

Nun, China ist ein Land, das in einzelne Provinzen zerfällt, die untereinander sehr wenig verbunden sind. Es ist noch aus dem Stadium der Naturwirtschaft nicht heraus. Und so konnten wohl einzelne Provinzen die Fahne der Erhebung aufpflanzen, die anderen blieben aber ruhig und gestatteten den Mandschus, die rebellischen Provinzen zu unterdrücken. Die Aufstände dauerten sehr lange; die an militärische Züge nicht gewöhnte Bevölkerung konnte der Mandschuarmee gegenüber wohl zeitweilige, aber nicht entschiedene Siege davontragen. Dazu kamen noch die Ausländer, die sich auf die Seite der Mandschus stellten, weil diese ihnen die Ausbeutung der Bevölkerung erleichterten. So konnte der „Taiping-Aufstand", der von 1850 bis 1864 dauerte, nur mit Hilfe der Engländer unterdrückt werden.

Seitdem haben sich die Verhältnisse in China bedeutend geändert. Wie wir gesehen haben, ist in China der Kapitalismus eingedrungen und hat somit das gewaltige Reich etwas mehr zusammengeschweißt. Er hat Bevölkerungsschichten ins Leben gerufen, die an einem „Verfassungsstaat" Interesse haben. Dazu kam die Drohung der Teilung von China durch die Fremden, eine Drohung, die das nationale Gefühl der Chinesen wachrufen mußte. Dieses Gefühl ist seit den Siegen Japans über Rußland, der bewies, daß nur ein Verfassungsstaat seine Selbständigkeit erhalten kann, sehr stark gestiegen und wurde die Triebfeder der neuesten Reformbewegung. Schließlich spielt hier noch eine gewaltige Rolle der Widerstand der chinesischen Bourgeoisie gegen das Eindringen des ausländischen Kapitals. Besonders brachte diese Kreise der letzte Eisenbahnerlaß auf, der die „Verstaatlichung", in der Tat die Auslieferung der Eisenbahnen an die fremden Mächte verordnete. Der jetzige Aufstand wird direkt auf diesen Erlaß zurückgeführt, und die chinesische Regierung hat sich auch bereits, den Minister des Verkehrs zu entlassen; vor schwerer Strafe hat ihn nur die Intervention der ausländischen Mächte bewahrt.

Daß das Volk mit der Bourgeoisie gemeinsame Sache macht, daß auch die gebildeten Klassen für die Reformen sind, ist aus der geschilderten Lage Chinas ganz verständlich: China droht die wirtschaftliche und politische Unterjochung durch das ausländische Kapital, falls es sich nicht beizeiten aufrafft und die nötigen Reformen trifft. Sehr beachtenswert ist aber die Rolle des Militärs in dem Aufstande.

Wie schon erwähnt, haben früher nur die Mandschus den Militärdienst versehen. Das parasitische Leben hat sie aber verweichlicht und unfähig gemacht, den Dienst gut zu versehen. Die Untauglichkeit des ganzen veralteten militärischen Systems trat besonders im Kampfe gegen den „Zwerg" Japan ans Tageslicht, als das gewaltige Reich sich von einem zahlenmäßig unbedeutenden Gegner besiegt und verachtet fühlte. Allen Hindernissen zum Trotz mußte man nun auch an die Bildung von chinesischen, modernen Truppen herantreten. Damit war der Herrschaft der Mandschus ein Ende gemacht. Juanschikai war es, der zuerst daran ging, chinesische Truppen modern auszubilden. Dies hat ihm auch seine große Popularität verschafft, die ihn jetzt sozusagen zum Wallenstein Chinas macht. Die Mandschus können nichts mehr gegen die neu gebildete Macht ausrichten. Geschichtlich ist jeder Vernunftgrund ihrer Herrschaft schon längst verschwunden, da sie selbst zum Kriegsdienst zur Wahrung der staatlichen Selbständigkeit Chinas untauglich geworden sind, überhaupt unfähig, sich den neuen Lebensbedingungen anzupassen. Das langjährige parasitische Leben rächt sich an dem ganzen Stamm, wie sich das absolutistische Regime an der völlig unfähigen kaiserlichen Familie sowie an dem verlotterten Beamtentum rächt. Aber erst jetzt, seit der Bildung einer chinesischen Armee, die von chinesischen Offizieren geleitet wird, ist die Kraft entstanden, die der Herrschaft der Mandschus ein Ende machen kann. Wie der jetzige Aufstand auch enden wird, eins ist klar: der Mandschudynastie wird im besten Falle nur ein Lebensdasein überbleiben.

Ein Umstand kommt der chinesischen Reformbewegung besonders zugute: die geringe Differenzierung der Bevölkerung, die enge Gemeinschaft zwischen den Soldaten und der Bourgeoisie, die die Regierung wünscht. Wie in der Türkei, so tritt auch in China die Bourgeoisie energisch für eine Verfassung ein. Im vorigen Jahre hat der Vorschlag einer Gesellschaft im Auslande wohnender chinesischer Kaufleute, der Regierung im Falle der sofortigen Einführung einer Verfassung und äußerster Beschleunigung der Einberufung des Reichsparlaments eine Summe von 50 Millionen Taels zur Verfügung zu stellen, allgemeines Aufsehen erregt. Ebenso traten die in China lebenden Kaufleute immer wieder für eine Verfassung ein, und diese Stimmung beherrscht auch das Militär, insbesondere die Offiziere. So ist der Sieg der Reformbewegung in China sicher, und, wenn der gewaltige Aufstand im Jangtsetal auch nicht alle seine Ziele erreicht, das Verdienst, die Aera der Reformen gesichert zu haben, wird ihm zweifellos bleiben.

Den Widerstand, den Juanschikai gegen den Aufstand leistet, ist aber vielleicht nicht weniger bezeichnend, als der Aufstand selbst. Er beweist, daß die Spaltung in der Opposition begonnen hat, und daß die chinesische Bourgeoisie, der die Herrschaft erst noch in der Ferne winkt, schon gegen diejenigen sich wendet, die ihr zur Herrschaft verhelfen, gegen die Volksmassen. Die Bourgeoisie wendet sich gegen die Forderung der Revolutionäre, China in eine Republik zu verwandeln. Sie weiß, daß ihr die Scheinherrschaft der Mandschus noch nützlich sein kann, ebenso wie die Jungtürken in gleicher Absicht einen Scheinsultan auf den Thron setzten, um ihn in ihrem Interesse auszunützen, um sich hinter der Monarchie gegen das Volk zu verschanzen. Noch mehr scheidet die kämpfenden Parteien die Agrarforderung der Revolutionäre. Diese fordern, daß der Grund und Boden, ohne gleichzeitige Aufhebung des Privateigentums, verstaatlicht wird. Der vierte Punkt ihrer Forderungen, die sie in ihrer Proklamation an das Volk aufstellten, lautet: „Jedermann bleibt Eigentümer seines Landbesitzes, jedoch der genaue Wert des Landes muß aufgenommen und geduscht werden und der im Laufe der Jahre eintretende Mehrwert gehört der Regierung, das heißt der Gemeinschaft. Der Grundbesitz gehört also in Zukunft sowohl der Nation wie dem Privateigentümer, und die beiden werden die Einkünfte aus dem Landbesitz teilen entsprechend ihren gegenseitigen Rechten." Das läuft natürlich den Interessen der Bourgeoisie, die den freien Verkehr auch auf den Grund und Boden ausgedehnt sehen will, zuwider. Es wird auch den Revolutionären nicht gelingen, diese Forderungen durchzusetzen.

Deutsches Reich.

Schiffahrtsabgaben im Reichstag.

Der zweite Tag der Schiffahrtsabgabendebatte hat die Annahme des grundlegenden Artikels 1 gebracht. Ein bedeutsames Stück deutscher Einheit ist damit beseitigt, da die Abstimmung dritter Lesung nicht anders ausfallen wird. Die altertümlichen Stromzölle feiern in etwas modernisierter Form ihre Auferstehung, und dafür stimmte nicht nur die ganze schwarzblaue Mehrheit, sondern auch fast alle Nationalliberalen — mit Ausnahme von Bassermann und ein paar Bassermannianern — und sogar, durch landschaftliche Vorteile gewonnen, das Fähnlein der schwäbischen Fortschrittler, das man einstmals das Fähnlein der Aufrechten nannte, unter Konrad Haußmanns Führung. Herr Konrad Haußmann weist auf die Verbesserungen hin, die die Kommission angebracht hat. Kaum aber war dieser Hinweis dem Gehege der Haußmannschen Zähne entflohen, als die Mehrheit eine dieser Verbesserungen wieder ausstrich und die immerhin einige Garantien bietende, von der Kommission eingefügte Begriffsbestimmung der künstlichen Wasserstraßen beseitigte. Wir wollen abwarten, ob nicht bei der Spezialberatung am Freitag noch weitere Verbesserungen dies Schicksal teilen werden.

Außer der Abstimmung gehörte der ganze Donnerstag noch der Generaldebatte, die sich an Artikel 1 anknüpfte. Sämtliche Sachsen, am nachdrücklichsten unser alter Parteiveteran Stolle sowie der Freisinnige Günther, bekämpften die Stromzöllnerei, mit der Preußens Machtgebot bundesbrüderlich Sachsen heimsucht. Auch der Abgeordnete Heinze wandte sich gegen die Vorlage. Es wäre allerdings ein sehr starkes Stück gewesen, wenn der Vertreter einer Stadt für das Gesetz gestimmt hätte, die durch die Schiffahrtsabgaben schwer geschädigt wird. Herr Heinze, der sonst auf dem rechten Flügel seiner Partei steht, hat sich hier in Gegensatz zu seinen Parteigenossen gesetzt, die in ihrer Mehrzahl für das Gesetz eintreten. Aber was will das sagen, daß Herr Heinze einmal aus Wahlkreispolitik einen reaktionären Streich seiner Parteigenossen nicht mitmacht. Das ändert nichts daran, daß er der Reaktionärsten einer unter ihnen ist. Er kann es sich auch hier sehr gut gestatten, außer der Reihe zu tanzen. Weiß er doch, daß er damit nichts ausrichtet. Durch die Haltung seiner Freunde ist dafür gesorgt, daß die Regierung Bethmann-Hollwegs ihre Schiffahrtsabgaben bewilligt bekommt.

Für die Vorlage sprachen ein gewisser Talmijunker Winkler, der Zentrumsgraf Praschma und der unvermeidliche Diederich Hahn, der mit schöner Offenheit die Moselkanalisierung darum verwarf, weil man den Schlotjunkern des Ruhreviers unbequeme Konkurrenz vom Halse halten müsse. Auch ein Beweis für das immer enger werdende Bündnis zwischen Kraut und Schlot. Mit Kraft und Schärfe geißelte Genosse Frank, der Mannheim mit seinem großen Flußhafen vertritt, die Verkehrs- und Volksfeindlichkeit der Vorlage, die auch der Freisinnige Gothein noch einmal gebührend kennzeichnete, worauf Konrad Haußmann sich prinzipiell gegen und in der Praxis für die Vorlage erklärte. Es folgte dann die bereits oben in ihrer Bedeutung gekennzeichnete Abstimmung.

Die Marokkofragen vor der Budgetkommission.

Der bisher geheimgehaltene Zusatz zum deutsch-französischen Vertrage, der sich auf Spanisch-Guinea bezieht, wurde am Donnerstag der Budgetkommission des Reichstags mitgeteilt. Er lautet:

„In einem Notenwechsel zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Kiderlen-Waechter, und dem Botschafter der französischen Republik, Herrn v. Cambon, ist zum Ausdruck gebracht worden, daß, falls Deutschland von Spanien Spanisch-Guinea, die Insel Corrisco und die Elobay-Inseln zu erwerben wünschen sollte, Frankreich bereit ist, zu Deutschlands Gunsten auf die sich aus dem französisch-spanischen Vertrage vom 27. Juni 1900 ergebenden Vorzugsrechte zu verzichten. Dagegen hat Deutschland erklärt, sich nicht an besonderen Abmachungen beteiligen zu wollen, die Frankreich und Spanien etwa miteinander in Marokko treffen sollten. Es herrschte dabei Uebereinstimmung darüber, daß unter Marokko derjenige Teil von Nordafrika zu verstehen ist, der zwischen Französisch-Westafrika und der spanischen Kolonie Rio de Oro liegt."

Der Staatssekretär gab vertrauliche Mitteilungen zu den Abmachungen, die durch diesen Zusatz getroffen worden sind. Es setzte dann eine längere Debatte über den Wert oder die Bedeutungslosigkeit solcher Vorzugsrechte ein. Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter bemerkte, daß ein Vorkaufsrecht selbstverständlich keine Verpflichtung der anderen Seite zum Verkauf einschließe. Es sei aber damit die Möglichkeit gegeben, zu verhindern, daß sich andere Mächte in dem Gebiete festsetzten, über das ein Vorkaufsrecht erworben sei. In den Verhandlungen mit Frankreich sei die Frage, ob Spanien die Neigung zu Abtretungen an uns habe, nicht erörtert worden. Mit Spanien seien Verhandlungen in dieser Frage bisher gleichfalls nicht geführt worden. Danach ist die Rechtslage jetzt so, daß Spanien, wenn es Fernando Po veräußern will, diese Insel zuerst Deutschland anzubieten hat. Ist Spanien geneigt, seine Kolonie Guinea zu verkaufen, so muß es in erster Linie Frankreich sein Angebot machen, das dann an Deutschland weitergeht.

Von sozialdemokratischer Seite wurde sowohl an der Abmachung betreffend Spanisch-Guinea wie auch an der gesamten Kongopolitik der deutschen Regierung scharfe Kritik geübt. Die Nationalliberalen gaben ihrer Unzufriedenheit darüber Ausdruck, daß auch bei dem Kongo-Abkommen Deutschland so schlecht abgeschnitten habe.

Staatssekretär von Kiderlen-Waechter geht auf eine Anfrage auf die Meldungen französischer Zeitungen ein, die behauptet haben, Deutschland habe in Marokko Sonderrechte gefordert. Das sei nicht der Fall. Deutschland habe nur in bezug auf Bahnbauten und auf die Beteiligung von deutschen oder französischen Firmen an Bahnbauten bestimmte Abmachungen und Garantien verlangt, die in gewisser Beziehung auch erfüllt worden seien.

Im Seniorenkonvent des Reichstages

wurde bestimmt, daß in der Woche vom 19. bis 28. November keine Plenarsitzungen des Reichstages stattfinden. In dieser Zeit sollen die Kommissionen arbeiten. Die am 27. November beginnende Sitzung wird sich zunächst mit dem Hilfskassengesetz beschäftigen. Im Anschluß daran sollen behandelt werden: Die zweite Lesung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Bericht der Budgetkommission über zu dem Marokkoabkommen gestellten Anträge. Dann gedenkt man bis zum 2. Dezember folgende dritte Beratungen zu erledigen: Den Gesetzentwurf über die Schiffahrtsabgaben, das Hausarbeitsgesetz, das Gesetz über die Gewerbeordnung (§ 114a), Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Japan, Auslieferungsvertrag mit England, Notenaustausch mit Japan, über Konsulatwesen und die Handelsbeziehungen zum britischen Reiche. Der Gesetzentwurf über die Errichtung eines Kolonial- und Konsulargerichtshofes soll fallen gelassen werden. — In dieser Woche wird beabsichtigt, noch zu erledigen: Die zweite Beratung des Schiffahrtsabgabengesetzes, die zweite Beratung des Hausarbeitsgesetzes und des § 114a der Gewerbeordnung usw.

Die kommende Militärvorlage.

Der Reichstag hat im vorigen Jahr ein neues Quinquennat bewilligt, in dem die neue Militärvorlage mit einem Kostenaufwand von 142 Millionen Mark inbegriffen ist. Der Etat für 1911 enthält allerdings nur 8 Millionen Mark Ausgaben für die neue Militärvorlage, so daß in den Jahren 1912 bis 1918 die weiteren 134 Millionen Mark zu decken sind. Man war sich damals bereits vollkommen darüber klar, daß in absehbarer Zeit eine neue Militärvorlage kommen werde, nur hat man für solche Vorlagen jetzt eine andere Bezeichnung gefunden, man nennt sie: Ausfüllung von Lücken. Die nächste Ausfüllung von Lücken ist für den 1. April 1912, den Beginn des neuen Etatsjahres vorgesehen. Die Neue politische Korrespondenz will darüber erfahren haben:

„Abgesehen von der Vermehrung der Trainbataillone um eine Kompagnie, soll die grundsätzliche Trennung der Traindepots von den Trainbataillonen durchgeführt werden. Der jetzige erste Offizier des Traindepots soll den Titel „Vorstand" erhalten, der jetzige zweite Offizier heißt Oberleutnant oder Leutnant beim Traindepot xten Armeekorps. Die vier Traindirektionen gehen ein. Neben der bestehenden Traininspektion wird eine Traindepotinspektion gebildet, der die Feldzeugmeisterei unterstellt wird. Der Traindepotinspekteur soll den Rang eines Brigadekommandeurs erhalten. Ihm sollen zwei Stabsoffiziere oder Hauptleute als Referenten zugeteilt werden. Unter der Traindepotinspektion werden zwei Traindirektionen stehen, voraussichtlich in Berlin und Kassel für die Trandepots östlich und westlich der Elbe. Diese sollen Regimentskommandeurrang und einen Stabsoffizier oder Hauptmann beim Stabe erhalten. Neu eingerichtet sollen werden sechs Kommandeure des Trains in Regimentskommandeurstellen, denen mehrere Trainbataillone unterstellt werden."

Die deutsche Armee zählt gegenwärtig, abgesehen von den diversen Bespannungsabteilungen, 23 Trainbataillone, das wäre also zunächst eine Vermehrung um 23 Kompagnien. Wenn die vier Traindirektionen eingehen, so ist damit keineswegs etwa eine Ersparnis beabsichtigt, denn es tritt lediglich eine Verschiebung in den Stellen ein und die Besetzung der neuen Traindepotinspektion mit einem Brigade-General bedeutet bestimmt eine Mehrausgabe. Kein Zweifel — im Kriegsministerium arbeitet man wieder an Reformen, die auf

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19111117/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG